

64 der Beilagen zu den Stenographischen Protokollen des Nationalrates XVIII. GP

Nachdruck am 7. 3. 1991

Regierungsvorlage

**Bundesgesetz, mit dem das Katastrophen-
fondsgesetz 1986, BGBl. Nr. 396, in der
Fassung des Bundesgesetzes BGBl.
Nr. 252/1990 geändert wird**

Der Nationalrat hat beschlossen:

Das Katastrophenfondsgesetz 1986, BGBl.
Nr. 396, in der Fassung des Bundesgesetzes BGBl.
Nr. 252/1990 wird wie folgt geändert:

Artikel I

§ 7 Abs. 1 lautet:

„(1) Von den zu Ende des Jahres 1990 gemäß § 2
Abs. 2 nutzbringend angelegten Mitteln ist im Jahre

1991 ein Betrag von 400 Millionen Schilling im
Wege des Bundesministeriums für Umwelt, Jugend
und Familie dem Umwelt- und Wasserwirtschafts-
fonds zuzuführen.“

Artikel II

(1) Dieses Bundesgesetz tritt mit 1. Jänner 1991 in
Kraft.

(2) Mit der Vollziehung dieses Bundesgesetzes ist
der Bundesminister für Finanzen betraut.

VORBLATT

A. Zielsetzung:

Die Finanzausstattung des Umwelt- und Wasserwirtschaftsfonds soll zu Lasten der Reservemittel des Katastrophenfonds gestärkt werden.

B. Lösung:

Änderung des Katastrophenfondsgesetzes 1986 mit der die Zuführung von 400 Millionen Schilling vom Katastrophenfonds an den Umwelt- und Wasserwirtschaftsfonds geregelt wird.

C. Alternativen:

Keine

D. Kosten:

Durch diese Umwidmung entstehen keine Kosten.

Erläuterungen

Zur Sicherung der Finanzierung von Umweltschutzaktivitäten sollen dem Umwelt- und Wasserwirtschaftsfonds 400 Millionen Schilling zugeführt werden. Die Reservemittel des Katastrophenfonds ermöglichen diese Maßnahme.

Die Änderung des § 7 Abs. 1 des Katastrophenfondsgesetzes 1986 schafft dazu die gesetzliche Grundlage.

Nach den geltenden Bestimmungen des Abs. 2 können diese Mittel für sämtliche Zwecke des Umwelt- und Wasserwirtschaftsfonds verwendet werden.